

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 67 (1973)
Heft: 7-8

Artikel: Zur Frage der Mitbestimmung
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-142220>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

einer Alterstuberkulose befallen, der auch Kuraufenthalte und moderne Chemotherapie nicht zu wehren vermochten. Geistig bis zuletzt frisch und erfüllt von lebenschaffendem Vertrauen zu Gott, wurde er am 12. Mai 1973 aus diesem Dasein gerufen. Viele dankten ihm seine Hingabe an den Dienst an seiner Mitwelt, indem sie sein Sterbliches zur Kremation begleiteten.

Willi Kobe

Zur Frage der Mitbestimmung

Das Thema, je nach der Interpretation, die man dem Begriff «Mitbestimmung» angedeihen läßt, ist von so schicksalhafter Bedeutung für Wirtschaft und Gesellschaft, daß es nicht überrascht, heute Argumente pro und contra in den Zeitungen wie in Radio- und Fernsehprogrammen aller westlichen Länder erörtert zu sehen.

Wir wiesen in der Juni-Nummer der «Neuen Wege» (S. 196) auf eine Tagung hin, die, von Arbeitgebern und verschiedenen Gewerkschaftsverbänden der Schweiz beschickt, die Frage der Mitbestimmung diskutierte. Es stellte sich dabei unter anderem heraus, daß die Unternehmer wohl bereit sind, betriebseigene Arbeitervertreter im Verwaltungsrat zu dulden, nicht aber außerbetriebliche Gewerkschafter. Die Ueberlegung liegt nicht fern, daß einzelne Vertreter der betriebseigenen Belegschaft, — Vertreter-Parität mit den Kapitalgebern wird ohnehin nicht zugestanden — leichter an die Kandare zu nehmen seien, als Gewerkschaftssekretäre oder Vertreter von Wissenschaft, Wirtschaft und Politik, wie dies die Arbeitnehmerseite, genauer gesagt, der Schweizerische Gewerkschaftsbund verlangt. Zu ergänzen ist in diesem Punkt, daß Wissenschaftler, Ökonomen und Politiker, sofern sie von der richtigen Farbe sind, längst in Verwaltungsräten von Großunternehmen Einsitz genommen haben. Es ist anzunehmen, daß unabhängige, von Arbeitnehmerseite abgeordnete Vertreter mit ihren Kollegen von der Kapitalgeberseite nicht immer Aug' in Auge sähen. «Durch eine solche Aufspaltung in der Verantwortlichkeit in der Geschäftsleitung», so lautet das Argument der Arbeitgeber, «würden die Führungskräfte in den Unternehmen überfordert.» «Hinter diesem Begehren (Parität der Arbeitnehmer-Vertreter und der Repräsentanten der Kapitalgeber im Verwaltungsrat) verberge sich unverhüllt (!) das Machtstreben der Gewerkschaften.» Auf dieses Argument, das deutlich die Angst vor einer radikalen Verlagerung der Machtverhältnisse in der Wirtschaft zum Ausdruck bringt, erwiderte der Sozialethiker Professor Rich an der erwähnten Bolderntagung vom 25. und 26. Mai 1973 mit der Feststellung, daß das Mitbestimmungs-Postulat die Besitzverhältnisse unangestastet läßt, wohl aber die Kooperation der Sozialpartner in den ver-

schiedenen Produktionsfaktoren verlangt, zum Unterschied vom marxistischen Standpunkt, «der die Konfrontation sucht, weil er in ihr ein Mittel erblickt, die bestehende Wirtschaftsordnung revolutionär aus den Angeln zu heben».

Dazu sind einige Feststellungen zu machen. Die Argumentation der Unternehmervverbände scheint auf der stillschweigenden Voraussetzung zu beruhen, die Wirtschaft funktioniere heute in durchaus befriedigender Weise, und eine florierende, hohe Gewinne abwerfende Wirtschaft sei gleichbedeutend mit dem Wohlergehen des Volksganzen. Es ist dies eine Betrachtungsweise, die am prägnantesten im Wort eines USA Wirtschaftsministers und früheren Chefs der amerikanischen Automobilfirma «General Motors» zum Ausdruck kam. Er behauptete nämlich, «was gut ist für General Motors, ist auch gut für Amerika». Anders ausgedrückt: solange die Schlagkraft der Führung nicht durch wirtschafts- oder betriebsfremde Eingriffe gelähmt werde (etwa durch den Widerstand von Verwaltungsräten der Arbeitnehmerseite gegen Maßnahmen der Firma), seien die Interessen der Allgemeinheit bei einer Unternehmung bestens aufgehoben. Dies ist nun eine Darstellung der Verhältnisse, die nie der Wahrheit entsprach, aber heute überhaupt nicht mehr ausgesprochen werden kann, ohne auf schärfsten Widerstand zu stoßen. Sie stimmt nicht einmal für die Vereinigten Staaten, denn sonst wäre es nicht möglich, daß im reichsten Land der Welt ein Fünftel der Bevölkerung unter dem Existenzminimum vegetieren muß, in Slums, die jeder Beschreibung spotten. Wohl aber hat man den Eindruck, daß dieses Mißverhältnis, eine auf Hochtouren laufende Wirtschaft und eine kranke Gesellschaft mit einer Korruption verbunden ist, die bis in die höchsten Regierungskreise reicht (siehe Watergate).

Was für ein einzelnes Land nicht stimmt — die Identität einer gut gehenden und expandierenden Wirtschaft mit gesunden gesellschaftlichen Zuständen, läßt sich noch viel weniger aufrecht erhalten für die Weltwirtschaft. Heute ist ein ständig sich erweiterndes Ungleichgewicht zwischen den Industrieländern und der Dritten Welt offenkundig (Unctad), sicher ist auch, daß es einer Katastrophe zutreibt. Es wird kaum jemand annehmen, daß die Weltwirtschaft von sich aus das heutige Chaos überwinden wird. Die Wirtschaft hat heute einen Zug ins Gigantische. Multi-nationale Konzerne, wie die ITT (International Telephone and Telegraph Company), aber auch der von der Schweiz aus wirtschaftende Nestlé-Konzern, wie die Unternehmen der pharmazeutischen Industrie (Ciba-Geigy z. B.), die durch Fusion oder den Aufkauf kleinerer Firmen sich über ganze Kontinente ausbreiten, sorgen zwar für weltweite Kommunikation und Verbreitung neuer Techniken und Produkte — eine Einflußnahme auf die politischen Verhältnisse an ihren jeweiligen Standorten erfolgt aber höchstens im Interesse ein-

träglicher Geschäfte. Wir erwähnten die ITT, die über ein unbeschränktes Fabrikationsprogramm verfügt, daneben jedoch auch ihre globalen Verbindungen und Pressionsmittel massiv einsetzt, wie der Versuch, die Wahl Präsident Allendes in Chile zu verhindern, bewiesen hat. Gerade der Fall Chile zeigt, daß auch die multinationalen Konzerne vorläufig nicht unbeschränkten Einfluß haben. Der Trend zu ihrer Verbreitung besteht aber fraglos und Prophezeiungen von ernst zu nehmenden Wirtschaftlern sehen voraus, daß um die Jahrhundertwende die wirtschaftliche Macht in den Händen von drei bis vier Konzernen liegen wird.

Wir haben in den «Neuen Wegen» schon darauf hingewiesen, daß dieser Trend ins Riesenhafte nicht unangefochten ist. Die Publikation des «Club of Rome» «Grenzen des Wachstums» (s. «Neue Wege», Juli-August 1972), die weltweit erörtert wurde, glaubt beweisen zu können, daß bei einer Fortsetzung der heutigen Zunahme der Bevölkerung, bei weiterer Industrialisierung und Pollution die Erde in absehbarer Zeit — die Schätzungen schwanken zwischen dreißig und hundert Jahren — unbewohnbar sein werde. Die sozialen Auswirkungen des uneingeschränkten Wachstums unserer Siedlungen und Betriebe finden sich überzeugend geschildert in einem Artikel im Londoner «Observer» (10. Juni 1973). Dr. E. F. Schumacher, den wir in den «Neuen Wegen» im Zusammenhang mit der Energiewirtschaft im Mai-Heft 1972 zu Wort kommen ließen, schreibt im «Observer»:

«Die Anbetung des Riesenhaften ist wohl einer der Gründe und sicher eine der Wirkungen moderner Technologie, besonders auf dem Gebiet von Transport und Kommunikation. Ein hochentwickeltes Transportsystem hat eine gewaltige Wirkung. Es macht die Menschen unstät (footloose). Millionen sind in Bewegung, sie verlassen das Land und die Kleinstädte und streben den Zentren zu und tragen zu deren krankhaftem Wachstum bei. In Amerika spricht man offen von der Zusammenballung der Bevölkerung in drei riesenhaften städtischen Komplexen, von denen der eine von Boston nach Chicago reichen würde, mit etwa 60 Millionen Einwohnern; ein zweiter ergäbe sich mit Chicago als Zentrum mit weiteren 60 Millionen und ein dritter Komplex befände sich an der Westküste, von San Francisco bis San Diego reichend nochmals mit 60 Millionen. Der Rest des Kontinents bliebe mehr oder weniger leer, mit verlassenen Kleinstädten und mächtigen Flächen ebenen Kulturlandes, die mit Riesentraktoren bestellt und mit Combine-Harvesters abgeerntet würden. Düngen müßte man das Land mit gewaltigen Mengen von Chemikalien. Wenn dies die Zukunft der USA sein soll», fügt E. F. Schumacher hinzu», so lohnt es sich nicht, für eine solche Zukunft zu leben».

In reichen Ländern wie USA zeugt dieser Gigantismus schnellwachsende und immer schwerer zu beherrschende Probleme von «drop-

outs», von Leuten, die nirgends mehr zuhause sind und für die Gesellschaft verloren gehen. Damit eng zusammenhängend ist zunehmendes Verbrechertum, Verfremdung, seelischer Zusammenbruch bis hinunter in den Familienbereich. In armen Ländern, besonders in den größten (Indien) kommt es ebenfalls zur Abwanderung in die Städte und zur Slum-Existenz. Das Resultat ist eine «getrennte Gesellschaft» ohne inneren Zusammenhang mit einem Maximum politischer Spannung.»

Wie soll die Gesellschaft aus diesem Zwang zum unaufhörlichen Wachstum herauskommen, und sich zu Strukturen zurückfinden, die ein wirtschaftliches Leben in eine Größenordnung erlauben, die dem Menschen angemessen ist? Eine Wirtschaft, die nicht stetes Wachstum als innewohnendes Prinzip hätte, kann man sich schwer vorstellen. Von der kapitalistischen Wirtschaft des Westens, wie sie heute organisiert ist, diese Umstellung zu erwarten, scheint undenkbar. Wohl ist das Gefühl, daß es so nicht weiter gehen kann, auch in Geschäftskreisen weit verbreitet; zudem ist bald für jedermann ersichtlich, daß der Prozeß der Selbstzerstörung wie er in der Verschmutzung von Luft, Wasser und Erde sich offenbart, eine Umstellung unseres Denkens, aber auch der Organisation unserer Gesellschaft erfordert, die schlechthin revolutionär sein muß, um wirksam zu sein.

Um noch einmal E. F. Schumacher zu zitieren: «Wenn wir uns nach konstruktiven Möglichkeiten umsehen, unserem Raumschiff Erde ein gewisses Gleichgewicht und der Menschheit das Überleben zu sichern, so muß unser erstes Anliegen sein, die heutige Technologie im Sinne der Vereinfachung, der Beschränkung zu verändern, so daß sie dem Leben nicht Gewalt antut. Heute wirkt sich unsere Technologie umweltfeindlich aus, ohne Rücksicht auf Gesundheit, Schönheit und nur auf sofortige Wirkung bedacht.»

Unseres Erachtens ist es klar, daß nur Gruppen von Menschen, denen das tägliche Leben, das Arbeiten im Betrieb mehr bedeuten als ein Maximum an Gewinn und Selbsterhöhung in der von E. F. Schumacher vorgezeichneten Richtung voranzugehen imstande sind, d. h. eine Minderheit von Pionieren. Wir hatten in der Juli-August-Nummer 1972 Gelegenheit, unseren Lesern das Lebenswerk eines solchen Pioniers, Ernest Bader, vorzustellen und möchten hier nachdrücklich darauf hinweisen. Nachstehend seien die Leitgedanken der Tätigkeit des **Scott Bader Gemeinschaftswerkes** wiedergegeben. Sie illustrieren besser als theoretische Auseinandersetzungen eine Form eines Unternehmens, in welchem die Mitbestimmung aller im Betrieb Arbeitenden, vom letzten Lehrling bis zu den leitenden Stellen eines Unternehmens das, auch kaufmännisch erfolgreich, verwirklicht ist. Sie lassen keinen Zweifel offen, daß Scott Bader, obwohl nicht-marxistisch, ganz eindeutig auf eine Änderung der menschlichen Gesellschaft hinarbeitet.

Einleitung zur Verfassung der Scott Bader Commonwealth

«Das Gemeinschaftswerk (Commonwealth) verdankt seine Entstehung der Einsicht, daß die gegenwärtige industrielle und gesellschaftliche Ordnung mit einer christlichen Lebensauffassung unvereinbar ist — und doch werden wir noch immer durch die geistige Kraft, die in dieser Auffassung liegt, zu unserem Tun inspiriert und bewegt. Das Gemeinschaftswerk bringt zum Ausdruck was alle großen Religionen enthielten: das Ideal einer Bruderschaft aller Menschen, die, ohne Einschränkung durch Rasse, Geschlecht oder Klasse, einem lebendigen schöpferischen Geist verpflichtet ist. Mit allen materiellen Zielen und über sie hinaus sucht sie die Bedingungen für das Wachstum der Persönlichkeit, die wirklich mit Gott und Menschen verbunden ist, zu sichern.

Wir bemühen uns, die volle materielle und geistige Entwicklung des Menschen zu ermöglichen, eine Entwicklung, die weder durch ungerechte Verhältnisse noch durch wirtschaftlichen Druck verhindert wird. Wir suchen nach einer Lebensgestaltung, die frei ist von der Bindung an materielle Güter und bloße Konventionen.

Macht sollte aus der Persönlichkeit und der Gemeinschaft stammen und verantwortlich sein denen, auf die sie einwirkt. Die Organisation der Arbeit ist letzten Endes zu beurteilen nach der menschlichen Würde der Ausübenden und dem Dienst an der Allgemeinheit, und nicht nach bloßer wirtschaftlicher Leistung. Wir sind der Überzeugung, daß gegenseitige Verantwortung die ganze Arbeitsgemeinschaft durchdringen muß, die aufrecht erhalten wird durch demokratische Teilhaberschaft und den Grundsatz gegenseitigen Vertrauens.

Gemein-Eigentum an unseren Produktionsmitteln, das Stimmrecht eines Jeden bei der Verteilung des verdienten Überschusses und der Verwendung neuer Mittel hat uns geholfen im Kampf um unsere Ziele.

Das Gemeinschaftswerk hat Verpflichtungen gegenüber der weiteren nationalen und internationalen Gemeinschaft und versucht sie zu erfüllen, indem es in der Bewegung für eine neue friedliche Industrie- und Gesellschafts-Ordnung mitarbeitet. Um als echte Alternative zu Wohlfahrts-Kapitalismus und Staats-Kommunismus gelten zu können, muß eine solche neue Ordnung gewaltfrei sein, das heißt sie muß Liebe und Gerechtigkeit üben, denn wo die Liebe aufhört, setzt die Macht ein und Einschüchterung und Gewalt folgen. Eine der Hauptbedingungen einer friedlichen Gesellschaftsordnung ist nach unserer Überzeugung eine Arbeitsorganisation, die auf den hier skizzierten Grundsätzen beruht: ein Teilen unseres Arbeitsertrages mit den weniger Begünstigten anstelle einer Arbeit bloß für unsere private Sicherheit, und die Weigerung destruktiven gesellschaftlichen Streit zu unterstützen oder

an Kriegsvorbereitungen teilzunehmen. Wir müssen danach streben, innerhalb einer freien Gemeinschaft das Beste im Menschen auszulösen und die gegenseitige Abhängigkeit von Mitteln und Zwecken zu beachten, während wir uns für eine neue und bessere Gesellschaft einsetzen.»

Dazu schreibt Ernest Bader noch:

«Wenn man die Lähmung und oft auch das vollkommene Versagen so vieler menschlicher Institutionen für die Führung lebenswichtiger Angelegenheiten beobachtet hat — denken wir nur an die Geschichte der politischen Parteien, der Kirchen, der Arbeitgeber-Organisationen wie der Gewerkschaften — kommt man zum unausweichlichen Schluß, daß, mindestens in industriellen Konflikten, das System die Schuld trägt, daß die Trennung zwischen Kapital und Arbeit Selbstsucht und Habgier fördert, und daß es keinen Frieden geben wird, bis die beiden sich zu einem gemeinsamen Ziel verbinden.

Aus dieser Überzeugung heraus gab ich 1951 das Eigentum an meinem Geschäft auf, das ich seit meiner Ankunft in diesem Land (1912) aufgebaut hatte und bewies damit meinen Glauben an die dem Menschen innewohnende Güte, die sich offenbart, wenn er das Gefühl haben kann, gleicher und echter Partner in einem Unternehmen zu sein.»

Red.

I n f o r m a t i o n e n

Wissenswertes über China

Massen und Massenmedien in China

Ein kanadischer Volkswirtschaftler, **Prof. Dallas W. Smythe**, sprach 1972 an einem internationalen Symposium in Pennsylvanien über Probleme der Kommunikation. Nachstehende Angaben aus seinem Referat sind der englischen Zeitschrift «**Broadsheet**» (Juli 1973) entnommen. Red.

Die Radiosender sind heute viel zahlreicher als vor der Kulturrevolution. Die Provinz Kiangsu zum Beispiel (Hauptstadt Nanking), zählt 68 Bezirks-Radiosender, das heißt zehnmal mehr als 1965, ebenso 8 Millionen Lautsprecher, verglichen mit 400 000 im Jahre 1958. Die Verbreitung der Radio-Empfänger in städtischen Gebieten ist sehr groß — in Kwangchow (Hauptstadt Canton) und Wutan haben 80 bis 90 Prozent der Haushalte Funk-Empfänger. Radioapparate und Bestandteile sind in Warenhäusern allgemein erhältlich und werden in großer Zahl gekauft. Beim hohen Stand technischer Kenntnisse sucht sich in China jedermann einen Radioapparat zu verschaffen — in Shanghai gibt es solche in vierundzwanzig verschiedenen Ausführungen und zu